

13.07.2012 / Inland / Seite 4

Rentnerin im Rollstuhl droht Zwangsräumung

Berlin: Gehbehinderte Mieterin in Neukölln kämpft nach fristloser Kündigung um ihre Wohnung

Daniel Bratanovic

Nuriye Cengiz soll raus. Geht es nach der »Falstaf Vermögensverwaltung AG«, dann soll die 63jährige Frau im Rollstuhl ihre Erdgeschoßwohnung am Maybachufer 18 in Berlin-Neukölln an der Grenze zu Kreuzberg schnellstmöglich räumen. Der Hintergrund des Vorgangs ist, wie in ganz Berlin und auch anderen Großstädten der Republik, stets derselbe: Ein in der Regel unbekannter Finanzinvestor erwirbt Immobilien in attraktiver Lage, saniert und verkauft oder vermietet sie dann zu hohen Summen weiter. Der Umgang mit den Altmietern dabei ist nicht selten rabiat.

Die Falstaf AG ist seit 2008 Eigentümerin des Hauses am Maybachufer. Sie beabsichtigt, die ehemaligen Sozialwohnungen restlos zu entmieten, um sie dann als Eigentumswohnungen für rund 3700 Euro pro Quadratmeter zu veräußern. Das berichtete Frau Cengiz bereits Ende April der taz. Die meisten Mieter in dem Haus sind bereits ausgezogen, und ihre ehemaligen Wohnungen sind längst Eigentumsapartments. Sechs davon sind schon verkauft, zwei weitere werden als Ferienwohnungen genutzt.

Nuriye Cengiz' Quartier soll für 160000 Euro einen neuen Käufer finden. Vorausgesetzt sie geht. Doch die in der Türkei geborene Frau weigert sich. Nach langer Suche zog sie 2005 in die Wohnung ein. Aufgrund ihrer schweren Gehbehinderung, die sie im Rollstuhl festhält, mußte es eine barrierefreie Wohnung sein. 2009 erhöhte die Falstaf AG die Miete drastisch von 386 auf 626 Euro. Da Nuriye Cengiz von Grundsicherung lebt, ist sie darauf angewiesen, daß das Sozialamt ihre Miete zahlt. Das sperrte sich zunächst. Weil aber eine behindertengerechte Wohnung, die ihr eigentlich zustünde, dem Amt noch teurer gekommen wäre, durfte Cengiz bleiben.

Anfang 2011 begann die von der Falstaf AG eingesetzte Hausverwaltung damit, immer wieder bei ihr zu klingeln, um sie zum Auszug zu drängen. Nach nicht eingehaltenen Versprechen der Hausverwaltung behielt Cengiz im Herbst 2011 eine Monatsmiete ein. Der Eigentümer hatte nun einen Vorwand, der Mieterin fristlos zu kündigen. Der Klageweg durch zwei Instanzen endete mit einer Niederlage für Cengiz. Nun droht die Zwangsräumung.

Inzwischen hat sich ein Solidaritätskomitee gegründet und sich mit einem offenen Brief an die Falstaf AG gewandt. »Wir bitten Sie, die fristlose Kündigung rückgängig zu machen und Frau Cengiz einen Verbleib in der Wohnung zu für sie tragbaren Mietkonditionen zu ermöglichen«, heißt es darin. Fraglich, ob die Bitte erhört werden wird. Cengiz hat an ihren Fenstern Zettel angebracht: »Ich, Rentnerin, im Rollstuhl, soll raus und will nicht!«, heißt es darauf unter anderem.

Berlin: Demonstration »Berlin ist keine Ware – Gemeinsam gegen Ausverkauf und Verdrängung«, Samstag, 14 Uhr, S-Bahnhof Warschauer Straße, 17 Uhr: Kundgebung am U-Bhf. Schlesisches Tor